

Antrag 67/II/2023**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch Beschlusslage (77/I/2023) (Konsens)****Queer Refugees Welcome! Für eine Reform der Geflüchtetenpolitik**

- 1 Wir fordern eine grundlegende Reform der Geflüchteten-
- 2 politik besonders mit Blick auf LSBTQIA*Geflüchtete. Hier-
- 3 zu sollen die SPD-Abgeordneten von Bund und Land sich
- 4 für eine Reform der notwendigen Gesetze einsetzen, die
- 5 folgende Maßnahmen enthält:
 - 6 1. 3 (1) 1. des Asylgesetzes soll um die "sexuelle Iden-
 - 7 tität" und "Geschlechtsidentität" als Gründe der
 - 8 Flucht vor Verfolgung ergänzt werden. Mit der Auf-
 - 9 nahme der sexuellen Identität und Geschlechts-
 - 10 identität ins Asylgesetz wird die nationale Gesetz-
 - 11 gebung an die Richtlinie 2011/95/EU angepasst, die
 - 12 diese Verfolgungsgründe bereits anerkennt.
 - 13 2. Für alle Mitarbeitenden von Ämtern, Behörden
 - 14 und Aufnahmeeinrichtungen sollen Sensibilisie-
 - 15 rungsprogramme zum Umgang mit LSBTQIA*-
 - 16 Geflüchteten verpflichtend angeboten werden.
 - 17 Diese Sensibilisierungsprogramme sollen in Zusam-
 - 18 menarbeit mit entsprechenden zivilgesellschaftli-
 - 19 chen Organisationen eingerichtet werden.
 - 20 3. Bundesweit soll ein behördenunabhängiges Asyl-
 - 21 beratungssystem eingerichtet werden. Die Beratun-
 - 22 gen sollen hierbei u.a. als Einzelgespräche zur Ver-
 - 23 fügung stehen. Darüber hinaus müssen die Be-
 - 24 ratungsangebote niedrigschwellig und flächende-
 - 25 ckend angeboten werden und vor behördlichen An-
 - 26 hörungen wahrnehmbar sein. Die Einrichtung ein-
 - 27 es behördenunabhängigen Asylberatungssystems
 - 28 kommt der in Richtlinie 2013/33/EU festgeschriebe-
 - 29 nen Verpflichtung nach, Geflüchtete im Asylprozess
 - 30 über ihre Rechte und mögliche Rechtsberatungs-
 - 31 stellen zu informieren. Dabei gewährleistet das An-
 - 32 gebot von Einzelgesprächen, dass queere Menschen
 - 33 nicht vor Dritten ein Zwangsouting erleben müs-
 - 34 sen. Frühzeitige Beratungsangebote gewährleisten
 - 35 zudem, dass die Asylsuchenden rechtzeitig über die
 - 36 eigenen Rechte aufgeklärt werden.
 - 37 4. Sogenannte Ankerzentren werden abgeschafft und
 - 38 durch dezentrale Unterbringungen ersetzt.
 - 39 5. In allen Aufnahmeeinrichtungen muss Zugang zu
 - 40 rechtlicher, gesundheitlicher und psychologischer
 - 41 Betreuung für LSBTQIA*- Geflüchtete gewährleistet
 - 42 werden. Zudem müssen weitere Aufnahmeeinrich-
 - 43 tungen speziell für LSBTQIA*-Geflüchtete geschaf-
 - 44 fen werden.
 - 45 6. Alle Kommunen werden insbesondere verpflichtet,
 - 46 Wohnraum für LSBTQIA*-Geflüchtete bereitzustel-
 - 47 len. Ausreichende Mittel werden zentral zweckge-

48 bunden zur Verfügung gestellt. Hierbei soll in je-
49 dem Fall jeweils Gruppen- und Einzelunterbringung
50 grundsätzlich gewährleistet sein. Diese Wohnungen
51 werden entweder von Fachträger*innen der quee-
52 ren Wohnhilfe oder der Queerarbeit verwaltet oder
53 von explizit hierfür zu schulendem Fachpersonal
54 kommunaler Trägerschaften. Der Gesetzgeber legt
55 Fristen zur Einrichtung und ihrer Kontrolle fest, so-
56 dass die Nichterfüllung dieser Aufgabe durch die
57 Kommunen verhindert werden kann. Eine Einrich-
58 tung zu Lasten expliziten Wohnens bspw. für jun-
59 ge Geflüchtete oder flüchtende Frauen* findet nicht
60 statt.

61 7. Abschiebungen dürfen nicht weiter durchgeführt
62 werden. Abschiebungen sind ein inhumanes Mittel
63 der Geflüchtetenpolitik, wodurch Menschen häufig
64 in lebensbedrohliche Situationen gebracht werden.
65 Da ein Verfolgungsgrund aufgrund der sexuellen
66 Identität oder Geschlechtsidentität niemals ausge-
67 schlossen werden kann, sind alle Abschiebungen ab-
68 zulehnen.

69